

fortbestand und die Machtverhältnisse zwischen radikalen und moderaten Kräften unentschieden waren. Diese Übergangsphase setzte die auf dem Neunten Parteitag 1969 offiziell als »siegreich« bezeichnete Kulturrevolution insofern fort, als das gesamte System bis zu seinem Tod auf Mao Zedong ausgerichtet blieb, der sich aber nicht eindeutig für eine bestimmte Gruppierung und politische Linie aussprach.

Der Tod des Verteidigungsministers Lin Biao 1971 bedeutete zwar eine deutliche Schwächung der Radikalen, gleichzeitig war die Nachfolgefrage damit erneut offen – Lin war vom Neunten Parteitag als Nachfolger Maos bestimmt worden. Auf Seiten der Radikalen versuchte die »Viererbande« um Maos Frau Jiang Qing, die Macht an sich zu reißen und Konkurrenten mit weiteren politischen Kampagnen auszuschalten. Gemäßigte Kräfte um Ministerpräsident Zhou Enlai und den 1972 rehabilitierten Deng Xiaoping bemühten sich demgegenüber um innenpolitische Stabilisierung und



Abb. 1: Deng Xiaoping und Jimmy Carter, 1979.

wirtschaftliche Konsolidierung. Aber auch diese Faktion war nicht stark genug, um sich politisch durchzusetzen. Zhou war in seinen letzten Lebensjahren von einer Krebserkrankung gezeichnet, und Deng, der von Mao 1973 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und 1975 sogar zum stellvertretenden Parteivorsitzenden ernannt worden war, wurde zwischen 1976 und 1977 erneut aller Ämter enthoben.

1976 war ein Schicksalsjahr für China. Mit dem Tod Zhou Enlais im Januar und dem Tod Maos im September des Jahres spitzte sich der Konflikt um die Führung des Landes weiter zu. Ein verheerendes Erdbeben im nordchinesischen Tangshan im Juli kostete 240.000 oder sogar deutlich mehr Menschen das Leben – für viele Chinesen, die noch dem traditionellen Denken politischer Zyklen anhängen, das Vorzeichen für einen anstehenden Regierungswechsel. Dieser wurde von Hua Guofeng und dem Militär mit der Verhaftung der »Viererbande« im Oktober 1976 eingeleitet. Hua, Politbüro-Mitglied und Getreuer Mao Zedongs, war nach Zhou Enlais Tod von Mao als dessen Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten und dann auch als stellvertretender Parteivorsitzender eingesetzt worden. Jedoch verstand es Deng Xiaoping nach seiner erneuten Rehabilitation, einen neuen Kurs durchzusetzen und Hua de facto zu entmachten. Das Dritte Plenum im Dezember 1978 traf Personalentscheidungen und inhaltliche Schwerpunktsetzungen im Sinne Dengs. Hua Guofeng behielt zwar bis 1981 seine Ämter, blieb letztlich aber eine Übergangsfigur.

Mao Zedong wurde nach seinem Tod von der Partei nur bedingt entthront. Zwar führte Deng Xiaoping China nach 1978 schnell aus dem Maoismus heraus, aber eine fundamentale Abrechnung mit dem »großen Vorsitzenden« unterblieb. In einer Resolution zur Parteigeschichte, veröffentlicht zum dreißigsten Jahrestag der Parteigründung 1981, befand die KPCh zwar, dass Mao die Hauptverantwortung für die Kulturrevolution trage, dass insgesamt seine Verdienste die Fehler aber überwögen. Inoffiziell verwendete man auch für Mao die ursprünglich in der Sowjetunion auf Stalin gemünzte Formel von 70 Prozent Verdiensten und 30 Prozent Fehlern. Eine schärfere Verurteilung verbot sich allein deshalb, weil dies auch diejenigen Politiker der ersten Führungsgeneration diskreditiert hätte, die China in die Reformphase führen sollten, und weil die grundsätzliche Autorität der Partei damit in Frage gestellt worden wäre. Bis heute bleibt die Kulturrevolution ein nicht aufgearbeitetes Kapitel in der Geschichte Chinas.

Erste Schritte der Neuorientierung: Außenpolitik und Bildungswesen

Die 1970er Jahre waren nicht nur von der Nachfolgefrage geprägt, sondern es wurden bereits wichtige Schritte der Neuorientierung unternommen. An erster Stelle ist hier das Feld der Außenpolitik zu nennen: Mit der Annäherung an die USA, die im China-Besuch des US-Präsidenten Nixon 1972 gipfelte, und der Übertragung des UN-Sitzes von Taiwan auf die Volksrepublik 1971 wurde der internationalen Isolation der VR China ein Ende bereitet (► [Kap. 5.1](#) und [5.4](#)), und es wurden wichtige Voraussetzungen für die spätere wirtschaftliche Öffnung geschaffen. Auch in den Bereichen Wissenschaft und Technologie wurde bereits vor 1978 ein wichtiger Umbruch vollzogen. Die Aufwertung dieser Bereiche, die unter den Angriffen der Kulturrevolution besonders stark gelitten hatten, und die Rehabilitierung von Wissenschaftlern waren Kernanliegen Deng Xiaopings, der sich

seit 1975 persönlich für die Wiederbelebung der Hochschulen einsetzte. Auf sein Drängen wurden 1977 die landesweiten jährlichen Aufnahmeprüfungen für Universitäten und damit das Leistungsprinzip wiedereingeführt. 5,7 Mio. Kandidaten nahmen im Herbst 1977 an den Prüfungen teil und standen dabei nur 273.000 Studienplätzen gegenüber.¹ Landverschickte Jugendliche, die während der Kulturrevolution bis zu zehn Jahre in den Dörfern zugebracht hatten und dort von jeglicher Bildung abgeschnitten waren, wurden später als »verlorene Generation« bezeichnet. Die durch die Kulturrevolution unterbrochene Bildungsexpansion, die das sozialistische Regime herbeigeführt hatte, erlebte mit der Wiedereinführung der Aufnahmeprüfung einen erneuten Aufschwung.

Zu den bemerkenswertesten Kennzeichen der von Deng Xiaoping eingeleiteten Reformpolitik gehören die Entradikalisierung der Außenpolitik (► [Kap. 5.1](#)) und die große Offenheit gegenüber dem Ausland, die sich in den Reisen Dengs selbst sowie zahlreicher hochrangiger Delegationen gleich zu Beginn des Reformprozesses ausdrückte. Wurde das Ausland unter Mao noch nach ideologischen Kriterien beurteilt und China am Ende sogar dem Ideal der Autarkie verpflichtet, so war Deng bereit, ohne ideologische Vorbehalte von den Ländern der entwickelten Welt zu lernen. Die vielen Auslandsreisen der Umbruchphase vermittelten einen Eindruck davon, wie weit China technologisch und im Lebensstandard von der entwickelten Welt entfernt war. Sie dienten der Orientierung über Technologien und Wirtschaftsformen sowie der Anbahnung von Kontakten, die China für die Umsetzung eines neuen ökonomischen Kurses benötigte. Praktisch ging es dabei v. a. um Kredite und Technologien. Deng, der als junger Mann fünf Jahre in Frankreich und ein Jahr in der Sowjetunion gelebt hatte, gewann 1975 eine erste direkte Anschauung vom Entwicklungsstand der westlichen Industrieländer bei einer vorrangig diplomatisch motivierten Delegationsreise nach Frankreich. Zwischen 1978 und 1979 absolvierte er in einem Zeitraum von nur 14 Monaten fünf große Auslandsreisen, darunter Besuche in Südostasien (Thailand, Malaysia und Singapur), Japan und den Vereinigten Staaten. Diese Reisen waren von hoher außenpolitischer Bedeutung, ließen aber auch Gelegenheit zu Fabrikbesichtigungen und Treffen mit Wirtschaftsführern der jeweiligen Länder.

Ideologische Wende und »Pekinger Frühling«

Praktizierte Offenheit hatte auch eine grundsätzliche ideologische Wende zur Voraussetzung, denn im Verlaufe der Kulturrevolution hatten die Worte und Maßgaben Mao Zedongs den Status unumstößlicher Wahrheiten angenommen. Es war auch das Feld der Ideologie, auf dem nach Maos Tod der Machtkampf zwischen den Getreuen Maos und den Reformkräften ausgetragen wurde. Letztere setzten sich mit Parolen durch, die praktische Resultate über ideologischen Dogmatismus stellten: »Praxis als einziges Wahrheitskriterium« oder »die Wahrheit in den

Tatsachen suchen«. Langfristig gesehen wurde diese Verpflichtung auf die »Praxis« die Grundlage einer Legitimation der Herrschaft der KPCh durch ökonomischen Erfolg. Die Losung der »Vier Modernisierungen« – gemeint waren die Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Militär sowie Wissenschaft und Technik –, die die frühen Reformjahre prägte, stellte im Prinzip das Aufschließen an die entwickelten Länder in Aussicht. Dies tat zumindest Zhou Enlai 1975 in einer früheren Variante der Losung. Demgegenüber verzichtete Deng Xiaoping bald auf den Vergleich mit den westlichen Industrieländern. In einem Treffen mit einer britischen Delegation sprach er im März 1979 erstmals von den »Vier Modernisierungen chinesischer Art« und gegenüber dem japanischen Premierminister im Dezember des Jahres von der Schaffung einer »Gesellschaft des bescheidenen Wohlstands« als Modernisierungsziel. Der Begriff der »Vier Modernisierungen« war erfolgreich, weil er alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen einschloss, dabei aber auch so vage blieb, dass sich daran keine weiteren ideologischen Auseinandersetzungen entzünden konnten. Ideologisch brisant war natürlich v. a. die Frage, ob marktwirtschaftliche Prinzipien, wie sie de facto gleich zu Beginn der Reformphase in ausgewählten Bereichen praktiziert wurden (► [Kap. 2.2](#)), mit dem Sozialismus vereinbar seien. Trotz früherer Vorstöße einzelner Theoretiker wurde sie erst 1992 mit der Formel der »sozialistischen Marktwirtschaft« bejaht (► [Kap. 2.3](#) und [4.1](#)).

Die genannten ideologischen Entwicklungen zeigen, dass um 1978 entscheidende Weichen zu einer ideologischen Öffnung gestellt wurden. Die Partei war aber nicht bereit, ihr Machtmonopol aufzugeben, und die Grenzen zu einem Systemwechsel wurden bereits im März 1979 mit der Bekanntgabe der sogenannten »Vier Grundprinzipien« gezogen: Festhalten am sozialistischen Weg, an der demokratischen Diktatur des Volkes, an der Führung durch die KPCh sowie am Marxismus-Leninismus und dem Mao-Zedong-Denken. Die »Vier Grundprinzipien« waren die Antwort auf eine Kritikbewegung, die im November 1978 mit kritischen Wandzeitungen an einer Mauer am Verkehrsknotenpunkt Xidan im Stadtzentrum Pekings ihren Anfang nahm. Diese Bewegung wurde später »Mauer der Demokratie« oder »Pekinger Frühling« genannt. Sie war vorrangig von jüngeren Menschen getragen, viele davon frühere Rote Garden, die ihre kritische Haltung in Form von Wandzeitungen, Essays, Gedichten oder Berichten über ihre persönlichen Erfahrungen in der Kulturrevolution zum Ausdruck brachten, teils ausgehängt an der Xidan-Mauer, teils veröffentlicht in selbstgedruckten Zeitschriften. Die Kritik konzentrierte sich zunächst auf die Kulturrevolution, die Fehler Maos, die ideologische Linie Hua Guofengs sowie die Niederschlagung einer ersten, gegen die Kulturrevolution gerichteten Protestbewegung im April 1976. Deng Xiaoping ließ der Bewegung zunächst freien Lauf, weil sie ihm in seiner Auseinandersetzung mit linken Kräften nutzte. Die stetig wachsenden Menschenmengen am Xidan und die Ausbreitung radikalerer Gedanken, insbesondere die Kritik am sozialistischen System als solchem sowie Forderungen nach Menschenrechten und Demokratie, bewogen ihn aber Ende März 1979 dazu, die Bewegung zu unterdrücken. Die

Pekinger Stadtregierung ließ alle Arten von Äußerungen, die sich gegen die kurz darauf so verkündeten »Vier Grundprinzipien« richteten, verbieten, was das Ende der Bewegung bedeutete. Der Aktivist Wei Jingsheng, der mit der Forderung nach Demokratie als »fünfter Modernisierung« besonders weit gegangen war, wurde festgenommen und zu 15 Jahren Haft verurteilt. Er musste diese Strafe fast vollständig absitzen, nahm nach seiner Entlassung 1993 den Kampf für Demokratie aber sofort wieder auf, wurde deshalb 1994 erneut zu 14 Jahren Haft verurteilt und 1997 in die USA abgeschoben, wo er sich bis heute für Demokratie und Menschenrechte in China einsetzt. Im rigorosen Vorgehen gegen den »Pekinger Frühling« deutete sich die bis heute gültige Grenze einer politischen »Öffnung« Chinas an.

2.2 Zweite Führungsgeneration: Beginn der ökonomischen Reformen und Tiananmen-Krise (1980er Jahre)

1980/81 wurde das Führungsteam eingesetzt, das die Reformpolitik umsetzen sollte: Zhao Ziyang als Ministerpräsident (1980–1987) und Hu Yaobang als Generalsekretär der KPCh (1981–1987). Beide waren Protegés Deng Xiaopings. Die reale Macht teilten sie – typisch für diese erste Dekade nach Maos Tod – noch mit den Parteiälteren, die zwar keine formalen Ämter innehatten, über ihre Mitgliedschaft in der zwischen 1982 und 1992 existierenden »Zentralen Beratungskommission« aber weiterhin großen Einfluss ausübten. Deng Xiaoping selbst verfügte, vom Vorsitz über die Zentrale Militärkommission (1981–1989) abgesehen, über kein offizielles Führungsamt mehr in Staat oder Partei, war aber der neue »starke Mann« Chinas. Erst in den frühen 1990er Jahren, nachdem er sichergestellt hatte, dass die Niederschlagung der Tiananmen-Protteste nicht das Ende von »Reform und Öffnung« bedeuten würden, zog er sich aus der politischen Arbeit zurück.